

den ausländischen Revisoren zu lösen, verschob die Diskussion endgültig von den Listen weg. Es folgten weitere Eingaben zur Geschäftsbezeichnung von Revisoren und Beratern, sowie zur Frage, ob man den Anwälten eine Konzession oder nicht doch eine Bewilligung erteilt, und wie diese auszusehen hatte.¹²³

Bei Artikel 15, wo es um die Kriterien der Zulassung ging, sprach der Fraktionssprecher der FBP und Rechtsanwalt Peter Marxer zum ersten Mal und machte zwei Anregungen. Einmal befürchtete er, dass einige Berufsvertreter aus den 30er Jahren, die schon über langjährige Praxis verfügten, aber ohne Ausbildung seien, herausfallen könnten. Er plädierte für eine „etwas elastischere Formel“ und das Weglassen des Kriteriums des Hochschulabschlusses. Im Gegenzug trat er für eine Erhöhung der Berufspraxis auf sechs Jahre ein. Marxer meinte weiter, man solle auch diejenigen berücksichtigen, die nur eine kaufmännische Lehre und danach eine spezialisierte Ausbildung als Buchhalter oder Revisor gemacht haben.¹²⁴ Der Regierungschef lehnte den Vorschlag Marxers auf Zulassung mit einer spezialisierten Ausbildung ab, da er zu weit führen könnte. Man müsste jede Spezialausbildung aus fremden Ländern zulassen. Ernst Büchel kommentierte für die gleichen Positionen wie der Regierungschef.¹²⁵

Man setzte die Lesung fort. Marxer schlug vor, eine Regelung hinzuzufügen, wonach Anwälten oder Agenten untersagt wird, auf die Konzession oder Bewilligung, beispielsweise bei Briefköpfen, hinzuweisen. Büchel sorgte sich zusätzlich um irreführende Verwendungen von Begriffen wie ‚Anwalt‘ und ‚Recht‘. Man werde das prüfen, hiess es wieder. Es folgten kleinere Einwände und Anregungen von Büchel und am Schluss von Ivo Beck. Danach schloss der Präsident ordnungsgemäss die erste Lesung.¹²⁶

6.1.2 Die Gründung der Berufsverbände

Die zweite Sitzung begann mit einer ungewöhnlichen Wendung. Der Landtagspräsident stellte eine Petition vor. Man suchte zuerst einen Abgeordneten, der diese vertreten wolle - ohne Hinweis auf den Inhalt. Samuel Kindle (VU) übernahm die Rolle und verlas das Schreiben. Mit Bezug zur letzten Sitzung kritisierte man darin die Begünstigung der Banken und Anwälte; in der Regierung sassen zwei und im Parlament vier Anwälte, und

¹²³ Ltp vom 29.11.67, S. 343-344.

¹²⁴ Ltp vom 29.11.67, S. 345-346.

¹²⁵ Ltp vom 29.11.67, S. 346-347.

¹²⁶ Ltp vom 29.11.67, S. 349-351.